

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW kündigen Konsens zur Gründung der Stiftungsuniversität Lübeck auf
2. CDU warnt vor überzogener Forderung des Ökolandbaus
3. Einigkeit bei Sanierung des Universitätsklinikums
4. CDU kritisiert Verwässerung der Ergebnisse des Kulturdialoges durch die Landesregierung
5. CDU lehnt weitere Regulierungen für den Wohnungsbau ab
6. CDU-Fraktion fordert zeitliche Festlegung bei Endlagersuche

12.09.2014

SPD, Grüne und SSW kündigen Konsens zur Gründung der Stiftungsuniversität Lübeck auf
CDU, FDP und Piraten tragen in letzter Minute vorgenommene Änderung der Besetzung des Stiftungsrates nicht mit



Hochschulpolitiker Daniel Günther, MdL

Bis zur heutigen Schlussabstimmung gab es im Gesetzgebungsprozess für die Umwandlung der Universität Lübeck zur Stiftungsuniversität einen großen überparteilichen Konsens. Vor der heutigen Schlussabstimmung haben die Regierungsfractionen diesen Konsens aufgekündigt, indem sie einen weiteren nichtwissenschaftlichen Mitarbeitervertreter für die Besetzung des Stiftungsrates vorsehen.

Schon der bisherige Zuschnitt des Stiftungsrates – der mit Zustimmung aller Personalräte und der Gremien der Universität eingebracht wurde – war sehr mitbestimmungsfreundlich. Vor

diesem Hintergrund warnte die Leitung der Universität vor der mangelnden Akzeptanz in der Professorenschaft. Diese wird nur durch ein Mitglied im Stiftungsrat vertreten, der die wesentlichen Weichenstellungen in der Universität vornehmen soll.

„Sie kündigen mit Ihrem Kniefall vor der Gewerkschaft ver.di den Konsens innerhalb der Hochschule über die Besetzung der Gremien ebenso auf, wie den breiten Konsens hier im Landtag“, sagte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther im Landtag.

Er stellte unmissverständlich klar, dass die Ablehnung dieses Gesetzentwurfes nichts daran ändere, dass die CDU-Fraktion die Stiftungsuniversität in Lübeck wolle und weite Teile dieses Gesetzentwurfes mittrage. CDU, FDP und Piraten brachten gemeinsam einen Antrag ein, der die Besetzung gemäß der Vereinbarung mit den Gremien der Universität forderte. Dieser Antrag wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt.

CDU warnt vor überzogener Forderung des Ökolandbaus **Landwirtschaftliche Strategie darf keine unerfüllbare Hoffnungen wecken**



Heiner Rickers, agrarpolitischer Sprecher

In der heutigen Landtagssitzung wurde auch über die Entwicklung des ökologischen Landbaus gesprochen. Die Regierungsfractionen von SPD, Grünen und SSW forderten, eine neue Strategie für den Ökolandbau zu entwickeln.

Für die CDU-Landtagsfraktion sprach der agrar- und umweltpolitische Sprecher, Heiner Rickers, im Plenum zu diesem Thema. Den grundsätzlichen Konsens beim ökologischen Landbau und den Standards des Tierwohls begrüßte er.

Dennoch hob er seine Bedenken hervor:

„Forschungen der CAU haben ergeben, dass der Flächenbedarf des Ökolandbaus enorm ist. Wenn der Ökolandbau die doppelte Fläche benötigt, leuchtet es ein, dass die Ökobilanz – vor allem der Aspekt des Klimaschutzes – schlechter wird,“ so Rickers.

Allgemein bekannt sei, dass zum einen die Fördersätze in Schleswig-Holstein zum Ökolandbau anstiegen, aber gleichzeitig viele Landwirte dem Ökolandbau den Rücken kehren. „Gerade auch vor dem Aspekt der 2015 beginnenden neuen Förderperiode der EU ist die jetzige Diskussion wichtig. Das alte Schema: Ökolandbau ist gut – konventioneller Landbau ist schlecht, kann so nicht mehr aufrecht erhalten werden,“ so Rickers.

Rickers betonte auch die soziale Komponente, denn nicht alle Menschen könnten sich teurere Lebensmittel leisten. Zudem werfe es die Frage auf, ob man es sich ethisch - moralisch erlauben wolle, durch Exportverzicht die Möglichkeit des Abbaus des Hungers in der Welt zu verweigern. „Und schließlich ist es höchst bedenklich, wenn man – wie von der Landesregierung beabsichtigt – den Ökolandbau an den dauerhaften Subventionstropf hängt. Hier werden Hoffnungen geweckt, die man eventuell einmal nicht mehr erfüllen kann,“ so Rickers.

Der Antrag wurde in den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen.

Link zur Pressemitteilung von Heiner Rickers:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-12_Pressemeldung_4558.pdf

Einigkeit bei Sanierung des Universitätsklinikums

Vorstoß der CDU-geführten Landesregierung erfolgreich weitergeführt

In der heutigen Landtagssitzung haben die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die bauliche Sanierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holsteins (UKSH) entschieden. Die Neubauten des hochverschuldeten UKSH sollen zum Teil privat finanziert werden.

Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Daniel Günther, freute sich, dass ein Teilerfolg auf dem langen Weg der Sanierung des UKSH erreicht werden konnte. Zudem lobte er ausdrücklich die Arbeit der vorigen und der aktuellen Landesregierung bei diesem Projekt:

„Die CDU sagt ja zur Umsetzung der baulichen Sanierung in einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Nach allem was wir in Erfahrung bringen konnten und was wir in den Sitzungen erfragen konnten, erscheint uns die Effizienzrendite dieser Baumaßnahmen, die dafür sorgt, dass sich die Maßnahmen wirtschaftlich tragen, plausibel. Deshalb können wir heute ja zu dieser Zwischenetappe in einem Prozess sagen, der von der letzten Landesregierung vorbereitet und von der derzeitigen Landesregierung professionell weiterbearbeitet wurde.“

Dieses breite Votum im Parlament sei ein gutes Signal für das UKSH und die vielen tausend Mitarbeiter an den beiden Standorten in Kiel und Lübeck.

CDU kritisiert Verwässerung der Ergebnisse des Kulturdialoges durch die Landesregierung

Sönnichsen: Kabinett hat aus konkreten Ergebnissen Allgemeinplätze gemacht

In der heutigen Debatte um die Ergebnisse des Kulturdialoges stellte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Peter Sönnichsen fest, dass die Albig-Regierung aus der engagierten und kenntnisreichen Vorarbeit der Kulturschaffenden Allgemeinplätze gemacht habe.

„Wer die Empfehlungen des Kulturdialoges mit den Formulierungen nach der Kabinettsbefassung im Juli 2014 vergleicht, der erkennt diese kaum wieder“, sagte Sönnichsen.

Zurecht zeige der Bericht die Bedeutung der Kultur, deren Vielfalt und die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Kultur in Schleswig-Holstein auf.

„Die Beteiligung und das Engagement der Kulturschaffenden und -interessierten verdient Anerkennung. Doch die Landesregierung hat jede konkrete Aussage aus dem Papier gebügelt

und damit die Ergebnisse verwässert . Somit hat die Regierung mit ihren Versprechungen falsche Hoffnungen geweckt“, so Sönnichsen.

Der kulturpolitische Sprecher forderte die von Kulturministerin Spoorendonk im vergangenen Jahr angekündigte Kulturstrategie ein. „Welche Zukunft soll die Kultur haben und mit welchen Maßnahmen wollen Sie ihr helfen? Diese Fragen müssen sie beantworten“, so Sönnichsen.



Peter Sönnichsen, MdB

CDU lehnt weitere Regulierungen für den Wohnungsbau ab Zweckentfremdungsverbot leistet keinen Beitrag zur Sicherung bezahlbaren Wohnungsangebotes



Peter Lehnert, MdB

Nach Meinung der Piratenfraktion wird bezahlbarer Wohnraum in Schleswig-Holstein immer knapper. Deshalb haben sie einen Gesetzesentwurf zur Sicherung von Dauerwohnraum eingereicht.

Der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Peter Lehnert, kritisierte in seinem heutigen Debattenbeitrag vor allem das von den Piraten vorgesehene sogenannte „Zweckentfremdungsverbot“. Hinter diesem Begriff steckt das Vorhaben, Vermietern zu untersagen ihren Wohnraum zum Beispiel als Büroräume zu vermieten. Es soll damit gesichert werden, dass er ausschließlich zum Wohnen genutzt wird.

„Das Anliegen der Piraten-Fraktion erscheint auf den ersten Blick nachvollziehbar, bei genauerer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass die damit verbundene weitere Bürokratisierung weitaus mehr Nachteile mit sich bringen würde. Die entscheidende Frage ist doch, ob mit einem Zweckentfremdungsverbot das gewünschte Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu sichern, erreicht wird“, so der CDU-Abgeordnete.

Zudem gab Lehnert zu bedenken, dass der Wohnungsmarkt bereits weitgehend reguliert sei. Jede neue Beschränkung senke die Bereitschaft, in den nötigen Wohnungsneubau zu investieren. Gerade sehr langfristig orientierte Wohnungsunternehmen müssten sich fragen, mit welchen politisch motivierten Verschlechterungen der Rahmenbedingungen noch zu rechnen sei.

Lehnert stellte in seiner Rede klar, es sei nicht zu bestreiten, dass in einzelnen regionalen Wohnungsmärkten in letzter Zeit wieder steigende Mieten zu beobachten seien. Jedoch sei diese Entwicklung bislang auf einzelne bevorzugte Wohnlagen und bestimmte Wohnungstypen begrenzt. Für die besondere Wohnungsmarktsituation auf Sylt wies er auf die Möglichkeit hin, zum Beispiel durch die zur Verfügungstellung von Flächen des Bundes und des Landes Bauprojekte für bezahlbaren Wohnraum zu initiieren.

Die Landesregierung habe bereits durch die Anhebung der Grunderwerbsteuer auf einen bundesweiten Höchstsatz und die geplante Einführung einer Kappungsgrenzenverordnung für zusätzliche Belastungen im Bereich des Wohnungsbaus gesorgt. Jede weitere Maßnahme in diese Richtung bedeutete eine Gefahr für die Offensive für bezahlbares Wohnen, auf die die daran beteiligten Verbände aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft immer wieder hinwiesen.

Link zur Rede von Peter Lehnert:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-12_Pressemeldung_4553.pdf

CDU-Fraktion fordert zeitliche Festlegung bei Endlagersuche Debatte über Inspektion der Kavernen in Brunsbüttel

Auf Antrag der CDU-Fraktion befasste der Landtag sich heute mit einem Bericht über die Inspektion der Kavernen im Kernkraftwerk Brunsbüttel.

„Der CDU-Fraktion ging es mit dem Wunsch nach einem Bericht nicht darum, Schuldzuweisungen zu verteilen. Uns geht es vielmehr darum, wie das Problem der korrodierten Fässer im Sinne der Bürgerinnen und Bürger so gelöst werden kann, dass die Bevölkerung transparent aufgeklärt wird, ohne die notwendigen Sicherheitsvorschriften zu verletzen!“, erläuterte der energiepolitische Sprecher und zuständige Wahlkreisabgeordnete, Jens-Christian Magnussen in seiner Rede.

Denn genauso problematisch und inakzeptabel die Situation der Fässer sei, sei auch das wabernde Gefühl der Unsicherheit in Dithmarschen und insbesondere Brunsbüttel. „Es ist gut und beruhigend, wenn Sie sagen, dass von den Abfällen in den Kavernen keine Gefahr für die Umgebung, die Bevölkerung und das Personal ausgeht“, so Magnussen.

Festzuhalten bleibe, dass von derzeit 631 Fässern etwas mehr als 130 inspiziert worden sind, von den 28 auffällig waren. Fakt sei, dass die Kavernen niemals als Zwischenlager für 35 Jahre oder länger vorgesehen waren. Fakt sei weiterhin, dass immer noch ein Endlager für leicht- und mittelradioaktive Stoffe fehle, wie es Schacht Konrad sein könnte. In diesem Zusammenhang begrüßte er die Festlegung von Bundesumweltministerin Hendricks, innerhalb von acht Jahren

eine Genehmigung von Schacht Konrad zu erreichen.

Magnussen kritisierte in diesem Zusammenhang, dass seitens der Grünen in der Endlagersuchkommission abgelehnt werde, sich auf ein zeitliches Ziel bei der Suche nach einem Endlager festzulegen. Er forderte eine zeitliche Begrenzung der Suche auf zwei Jahre.

Weiter erwarte er eine ehrliche Debatte ohne Denkverbote, Blockaden und Vorfestlegungen bei der Endlagersuche. „Das heißt auch, dass Gorleben mit einzubeziehen ist und nicht von vornherein ausgeschlossen werden darf“, so der CDU-Abgeordnete.

Er betrachte das Umverpacken und Neukonditionieren der Fässer in Brunsbüttel bereits als Teil der Stilllegung und des direkten Rückbaus zur grünen Wiese. Nötig seien deshalb nachvollziehbare Konzepte und Verfahren mit klaren Zeithorizonten. Die Zeit dränge auch deshalb, weil bereits heute ein Fachkräftemangel beim Betreiber, bei den Sachverständigen und bei den Behörden absehbar sei.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2059.pdf>



Jens-Christian Magnussen

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de